

HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE



Halle gegen Rechts | Große Klausstraße 11 | 06108 Halle

Ministerpräsident des Landes Sachsen-
Anhalt Herr Dr. Reiner Haseloff

Ministerin für Arbeit und Soziales des
Landes Sachsen-Anhalt Frau Petra Grimm-
Benne

Minister für Inneres und Sport des Landes
Sachsen-Anhalt Herr Holger Stahlknecht

**Halle gegen Rechts –
Bündnis für Zivilcourage**
Große Klausstraße 11
06108 Halle (Saale)

Sprecher*innenkreis
kontakt@halle-gegen-rechts.de

Büro: 0345 / 27 98 07 10
www.halle-gegen-rechts.de
www.fb.com/HallegegenRechts
www.twitter.com/halggr

Halle (Saale), den 12. April 2020

Situation der Geflüchteten in der ZAST Halberstadt verbessern!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Minister,

wir schreiben Ihnen heute mit einem dringenden Appell, die Situation der Geflüchteten in der Zentralen Aufnahmestelle des Landes (ZAST) in Halberstadt zu verbessern. Die letzten Tage haben gezeigt, dass die Bedingungen der Unterbringung dort nicht tragbar sind. Nach wie vor fehlt es den Geflüchteten an ausreichenden Gesundheitsinformationen in ihren jeweiligen Sprachen, ohne die Unterstützung von Hilfsorganisationen wäre dies noch dramatischer. Die Berichte über die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln erschrecken uns. Es darf nicht sein, dass Menschen in einer Einrichtung des Landes auf Spenden Dritter angewiesen sind, weil sie nicht gut versorgt werden. Dass es erneut zu Gewalt gegen Geflüchtete durch das Sicherheitspersonal gekommen ist – wie das wieder Videos zeigen – ist nicht hinzunehmen, genauso wenig, dass Fotos aus Polizeifahrzeugen auf einer extrem rechten Seite auftauchen.

Die Landesregierung hat die Entscheidung getroffen, mehr als 800 Geflüchtete in Halberstadt in eine Massenunterkunft zu bringen, statt sie dezentral unterzubringen. Diese Form der Unterbringung bringt normalerweise schon erhebliche Härten für die Betroffenen mit sich. Unter den Bedingungen der Quarantäne hat sich die Situation in der ZAST nochmals erheblich verschlechtert, worauf Geflüchtete mit ihren Protesten reagiert haben. Sie können nun weder das Gelände verlassen, noch sich innerhalb des Geländes frei bewegen. Auch erlaubt ihnen die Form der Unterbringung nicht, ausreichend effektive Maßnahmen für ihren Gesundheitsschutz zu ergreifen – in einer Massenunterkunft lassen sich Menschenansammlungen nicht vermeiden, die Massenunterkunft ist eine staatlich hergestellte Menschenansammlung.

HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE

Wir fordern Sie auf, sofort die notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine dezentralere Unterkunft der Geflüchteten zu organisieren. Dabei müssen landeseigene Immobilien geprüft und gegebenenfalls genutzt, oder neue Immobilien mindestens vorübergehend angemietet werden. Bis es möglich ist die Bewohner_innen der ZAST Halberstadt dezentraler unterzubringen, fordern wir Sie auf, in der ZAST mehr Sprachmittler_innen einzusetzen, um die Versorgung mit zutreffenden (Gesundheits-)Informationen sicherzustellen. Die Essensversorgung der Untergebrachten muss sofort verbessert werden, nötigenfalls auch dadurch, dass das Land Lebensmittel des Grundbedarfs kostenlos zur Verfügung stellt, bis Geflüchtete wieder zu marktüblichen Preisen einkaufen können. Zuletzt fordern wir Sie auf, endlich alles zu unternehmen, um Geflüchtete in der ZAST Halberstadt vor Gewalt zu schützen.

Die Landesregierung ist durch die Verfassung verpflichtet, die Menschenrechte aller Menschen in Sachsen-Anhalt – unabhängig von ihrem Asyl- oder Schutzstatus – zu schützen. Es geht hier nicht um „Luxus“, sondern um die Gesundheit der Geflüchteten, um ihre körperliche Unversehrtheit und um ihre ohnehin schon massiv eingeschränkte Selbstbestimmung. Den eigenen Alltag so gestalten zu können, dass man ausreichend und gut essen, sich von Menschenansammlungen fernhalten kann, Informationen über behördliches Handeln und Gesundheitsgefahren erhält und keiner Gewalt ausgesetzt ist, sind elementare Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben.

Die SARS-CoV-2-Pandemie wird noch lange andauern, eine Unterbringung von Menschen in Massenunterkünften ist in einer solchen Situation unverantwortlich, setzt die Menschen Gesundheitsgefahren und nicht tragbaren Einschränkungen ihrer Rechte aus. Diesen Zustand muss die Landesregierung schnellstmöglich beenden, Menschenrechte schützen alle Menschen – weil sie Menschen sind!

Mit freundlichen Grüßen

Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage / Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.

GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt / Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt

Roter Stern Halle e.V. / Solidarity City Halle / Omas gegen Rechts Halle

*Arbeitskreis kritischer Jurist*innen (AKJ) Halle / Bündnis Merseburg für Vielfalt und Zivilcourage*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Stadtverband Halle / DIE LINKE. Halle

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Sachsen-Anhalt

*Anwohner*innen-Initiative Adam-Kuckhoff-Straße Halle*

Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg / AK Zivilklausel Stura MLU

Prof. Dr. Thomas Müller-Bahlke / Matthias Brenner